

## Internationaler Bodenseefriedensweg bleibt virtuell

**Ungeachtet dessen sehen sich die Friedensaktivisten am Bodensee im Einsatz für zivile Konfliktlösungen mehr gefordert denn je und plädieren unter dem Stichwort „FriedensKlima“ für „Abrüsten und Klima schützen“. Zu lange falsche Prioritäten gesetzt: Statt zum Beispiel in Gesundheitsvorsorge würde in militärische Forschung und Aufrüstung investiert**

Autor: Hanspeter Walter

**Überlingen** – Die Organisatoren des Internationalen BodenseefriedensWegs nehmen ihre Verantwortung für die Gesundheit der Menschen ernst und verzichten auch 2021 auf einen analogen Ostermarsch oder Friedensweg, wie er seit vielen Jahren unter Beteiligung der Anrainerstaaten am Ostermontag veranstaltet wurde. Die im Vorjahr geplante Landesgartenschau hatte schon 2020 die Entscheidung für Überlingen als Veranstaltungsort nahegelegt. Doch auch in diesem Jahr wird der öffentliche Bodenseefriedensweg aufgrund der Pandemie virtuell bleiben. Ungeachtet dessen ist das Thema „Frieden und Klima“ für die Beteiligten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz wichtiger denn je. Deshalb werden die Beiträge aller Referenten online bereitgestellt werden, teilweise als Video, aber zumindest in Form des Redebeitrags in Textform. Was ursprünglich vor den Kulissen der Überlinger Altstadt vorgetragen werden sollte, soll nun im virtuellen Raum die Diskussion um Militäreinsätze und Waffenexporte anregen, hoffen die Veranstalter. Mit dem Ziel einer Weichenstellung, die auf gewaltfreie Lösungsstrategien setzt und militärisches Vorgehen überflüssig macht.

„Sicherheit neu denken – ab 2040 keine Bundeswehr“ lautet der Titel eines Strategiepapiers der Evangelischen Landeskirche Baden, an das der Freiburger Theologe Theo Ziegler in seinem Beitrag anknüpft. Selbst Helmut Kohl habe sich vor 40 Jahren der Forderung „Frieden schaffen ohne Waffen“ nicht ganz entziehen können und habe mit seiner Antwort „Frieden schaffen, mit immer weniger Waffen“ den Weg in eine entmilitarisierte Welt schrittweise für denkbar gehalten. Heute dagegen werde der Ruf nach mehr Rüstung immer lauter. Umso wichtiger sei die Initiative „Sicherheit neu denken“, die sich das Gründungsziel der Vereinten Nationen auf die Fahnen geschrieben habe, „künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren.“ Dazu sei dringend eine Qualifizierung in gewaltfreier Konfliktbearbeitung auf der persönlichen, sozialen und politischen Ebene ebenso erforderlich wie die Konversion der Bundeswehr in ein internationales THW und eine entsprechende Neuausrichtung der Rüstungsindustrie.

Dass Friedenspolitik untrennbar mit dem Klimaschutz verbunden ist, darauf weisen die jungen Aktivistinnen Miriam Rizvi aus St. Gallen, Constantin Eberle von 'Fridays for future Vorarlberg' und Elgin Raupach aus Friedrichshafen hin. „Wenn Naturkatastrophen eine Gemeinschaft erschüttern, sind die sozialen Ungerechtigkeiten schärfer denn je“, sagt die Schweizerin: „Sie zwingen Tausende, auf der Suche nach einer neuen Heimat zu gehen.“ Die Klimagerechtigkeit fordere, diesen sozialen Missstand aufzulösen, indem man weltweit die Emissionsrechte gleich verteilt, fordert der Österreicher Constantin Eberle: „Klimagerechtigkeit bedeutet auch Frieden zu schließen, um gemeinsam dieses Problem anzupacken.“ Auf eine Studie des Wuppertal-Instituts verweist die Häflerin Elgin Raupach und zeigt dessen „Perspektiven in eine friedlichere und klimagerechtere Welt“ auf.

Den jungen Aktivistinnen stärkt die Schweizer Umweltwissenschaftlerin und Nationalrätin Claudia Friedl den Rücken. „Nur mit Klimagerechtigkeit schaffen wir Frieden“, sagt sie und fordert Solidarität in der Corona-Katastrophe. „Sie bedroht nicht nur uns, sondern auch die Menschen in den Elendslagern auf den griechischen Inseln. Die Hilferufe hören wir schon längst, aber jetzt müssen wir endlich handeln.“

Einen Dreiklang „Gesundheit schützen! Militär abrüsten und Klimawandel stoppen!“ formuliert die Tübinger Bundestagsabgeordnete Claudia Haydt (Linke) und ist überzeugt: „Militär schafft keine Sicherheit.“ Nicht erst die Corona-Pandemie zeige, dass zu lange die falschen Prioritäten gesetzt worden seien. „Statt in öffentliche Gesundheitsversorgung zu investieren, wurde militärisch aufgerüstet“, sagt Haydt. „Anstatt global gemeinsam Forschung zu betreiben, um die drängenden Menschheitsaufgaben zu bewältigen, wurde und wird in neuen Militärblöcken teure Rüstungsforschung betrieben.“

Haupttext 3950 Zeichen (inkl. Leerzeichen)

Nähere Informationen unter [www.bodensee-friedensweg.org](http://www.bodensee-friedensweg.org) oder [www.friedensregion-bodensee.de](http://www.friedensregion-bodensee.de)  
Rückfragen bitte an **Bernd Wipper, tel +49 (0) 151 11 55 66 34 doc.b.wipper@t-online.de**